

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postcheckkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 12, 3. Jhrg. (C) Frankfurt/M., 19.1.1948.

Seite 1

Sie lesen heute:

Personelles

Sieben Arbeiter stehen in Bochum vor dem Militärgericht, weil sie Demontagearbeiten beim Bochumer Verein verweigert haben, obwohl sie ihre Namen unter eine Dienstverpflichtung gesetzt hatten. Die Verteidigung der Angeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Dufhues, der erste Sprecher der Jungen Union Nordrhein-Westfalens übernommen.

Innenpolitik

Bei der Beratung des bayerischen Landeswahlgesetzes wurde der CSU-Antrag, der die Wählbarkeit von Mibläufern vorsah, in namentlicher Abstimmung mit 83 gegen 66 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen mit 83 gegen 65 Stimmen ein CDU-Antrag, der die Zusammenfassung benachbarter Stimmkreise zu einem Stimmkreisverband vorsieht.

Die CDU-Fraktion des schleswig-holsteinischen Landtages hat den Antrag eingebracht, das aus neun Ministern bestehende Kabinett wesentlich zu verkleinern. Dieser Beitrag zur Sparsamkeit sei besser, als andere Länder um finanzielle Hilfe anzugehen.

K P D

Der Führer der kommunistischen Partei Westdeutschlands, Reimann, wird sich demnächst vor einem britischen Militärgericht zu verantworten haben, da er behauptet hatte, dass diejenigen deutschen Politiker, die zur Arbeit am Ruhrstatut bereit seien, demnächst als Quislinge angesehen würden und für sie die Zeit der Abrechnung kommen werde.

Personelles

Der Landesvorsitzende der CSU, Dr. Josef Müller, wird demnächst auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der "Nouvelles Equipes Internationales" in Paris teilnehmen.

Der württembergisch-badische Finanzminister Dr. Heinrich Köhler, hat aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt als Bevollmächtigter Württemberg-Badens beim süddeutschen Länderrat wie als Präsident der Landesbezirksdirektion Baden erklärt. Gerüchte, daß Dr. Köhler auch als Finanzminister zurücktreten werde, wurden von ihm energisch zurückgewiesen.

Aus den Parteien

C D U und Z e n t r u m

=====

Die Beratungen in Bonn haben zur Bildung einer Einheitsfront in kulturellen und weltanschaulichen Fragen geführt gegen die Berücksichtigung christlicher Grundsätze in der vorläufigen Verfassung. Die Befremdung darüber beschränkt sich nicht auf die Anhänger der CDU/CSU, sondern sie ist auch in solchen Kreisen des christlichen Volksteils spürbar, die aus irgendwelchen Gründen glaubten, in andern Parteien ihre politischen Auffassungen vertreten zu können.

Von den Anhängern des Zentrums kann man sagen, dass sie von der Entwicklung in Bonn geradezu enttäuscht sind. Es überrascht daher nicht, wenn man in Kreisen, insbesondere des westfälischen Zentrums, mit Genugtuung die Abkehr von der SPD-Politik und die enge Zusammenarbeit der beiden Zentrumsabgeordneten mit der CDU/CSU in kulturellen Fragen vermerkte.

Die in Bonn klar erkennbar gewordene Gefahr der Nichtachtung elementarer Forderungen des christlichen Volksteils, die beispielsweise ihren Niederschlag fand in den unfreundlichen Kommentaren zu dem gemeinsamen Schritt der beiden grossen Konfessionen in der Frage des Elternrechtes, hat zwingend die unterbrochenen Verhandlungen zwischen den beiden christlichen Parteien wieder in Fluss kommen lassen. Auch heute sind gewisse Ressentiments noch nicht abgebaut, aber man darf behaupten, dass die Atmosphäre der Verhandlungen den Willen zu einer Entscheidung im Sinne einer grossen Gesamtvertretung aller christlich denkenden deutschen Menschen deutlich erkennen lässt.

Zwar eilen die Meldungen über einen bereits erfolgten Zusammenschluss des Zentrums mit der CDU den Ereignissen voraus. Tatsache aber ist, dass der Brief des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, der mit voller Billigung und Unterstützung des Vorsitzenden der britischen Zone, Dr. Konrad Adenauer, geschrieben wurde, nicht ohne vorherige Klärung verschiedener Voraussetzungen zwischen den beiden Verhandlungspartnern verfasst wurde. Sicherlich gibt es im Zentrum eine Gruppe, die auch heute noch den Gedanken eines Zusammenschlusses mit der CDU nicht sympathisch gegenübersteht, aber dieser Kreis ist nach unseren zuverlässigen Informationen in der Minderheit. Und auch bei diesen Opponenten sprechen weniger grundsätzliche Fragen für ihre Entscheidung als gewisse taktische und gefühlsmässige Erwägungen, die aus den manchmal unfreundlichen Begleitumständen der bisherigen Auseinandersetzungen herrühren dürften.

Ende dieses Monats wird die Frage des Zusammenschlusses der beiden christlichen Parteien die massgebenden Instanzen der Zentrumsparterie beschäftigen. Die Entscheidung wird für manche der führenden Persönlichkeiten nicht einfach sein. Aber wir haben Vertrauen zu ihnen und ihrer politischen Einsicht, weil wir wissen, dass auch sie erkannt haben, von welcher ungeheurer Wichtigkeit ein gemeinsames Zusammenstehen des christlichen Volksteils gerade bei den vor uns liegenden Ereignissen ist.

S P D

"Jetzt schon Wahlkampf?"

=====

In einem Leitartikel nimmt im "Tag" unter der Überschrift "Jetzt schon Wahlkampf?" einer der engsten Mitarbeiter Jakob Kaisers, Dr. Johann B. Gradl zu den Geschehnissen in Bonn Stellung. In Hannover ist man gewillt, den Wahlkampf für das Bundsparlament schon jetzt mit vollen Touren und in ungehemmter Rücksichtslosigkeit anlaufen zu lassen. Nicht anders ist das Interview des 1. Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, erklärlich, das der "Telegraf" abgedruckt hat.

In diesem Interview erklärte Dr. Schumacher u.a., dass in deutschen Westen eine ungehemmte Klassenpolitik betrieben wird, durch die "die vom Krieg Enteigneten, also vor allem die Vertriebenen und die auf soziale Leistungen Angewiesenen, von den alten Leuten bis zu den Schwerkriegsbeschädigten, geradezu aus dem Leben hinausgedrängt werden."

Hier, so schreibt Gradl, erhebt der 1. Vorsitzende einer der beiden grossen deutschen Parteien den Vorwurf, dass von der anderen eine Politik gemacht wird, die das Leben von Millionen vernichtet. Ganz gewiss ist dieses und jenes an der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverwaltung in Westen auszusetzen. Aber abgesehen davon, dass in den Ländern diese Wirtschaftspolitik in Händen von sozialdemokratischen Wirtschaftsministern liegt, kann doch selbst der SPD-Zentrale in Hannover nicht entgangen sein, dass die Menschen in Westdeutschland, und zwar alle, heute besser leben als vor einem Jahr.

In seiner Polemik gegen die Union sagt der SPD-Vorsitzende: "Den Kampf gegen die Kommunisten in Berlin, in der Ostzone und in Westdeutschland lässt man die Sozialdemokraten allein führen". Zu dieser Behauptung stellt Dr. Gradl unzweideutig fest: "Wenn in der Ostzone jemand allein gelassen wurde im Kampf gegen den fremden politischen Willen, dann war es die ODU, und diejenigen, die in Stich gelassen haben, waren vor drei Jahren die Sozialdemokraten, die zum Teil sogar mit fliegenden Fahnen in das Lager der Sozialistischen Einheitspartei gingen. Hätten die Grotwohl, Fechner, Lehmann, Kniskake, Buchwitz, Ebert und wie sie alle heissen, so gegen den fremden Willen bestanden, wie es die allein gelassene Union hinter Jakob Kaiser bis zu den direkten Eingriff der sowjetischen Militärverwaltung vor einem Jahr getan hat, dann wäre das Geschehen in der Ostzone vielleicht anders gelaufen."

"Wir hätten", so schliesst Dr. Gradl, "gerade in dem unkämpften Berlin gerne vermieden, in dieser Weise zu den Erklärungen des Vorsitzenden der SPD Stellung zu nehmen, aber gegen den Kampfstil von Dr. Schumacher bleibt nur Notwehr übrig. Es wird Zeit, dass man sich auch in Hannover an gewisse Grenzen politischen Kampfes gewöhnt. Gerade in den kommenden Monaten wird das in Interesse des deutschen Volkes besonders notwendig sein."

 Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt/Main, Bettinestr. 64
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065
 Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt/Main I/49/600
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.

Aus dem Parteilieben

Landeskonferenz der hessischen CDU

=====

Die CDU Hessens führte in Gießen eine Landeskonferenz der Kreisverbände durch, an der der Landesvorstand, die Kreisvorsitzenden und die Kreisgeschäftsführer teilnahmen. Nach einem Gedenkwort für den verstorbenen Landrat Dingelday erstattete Abg. Dr. von Brentano einen ausführlichen Bericht über die Beratungen des Parlamentarischen Rates. Die Entschliessung von Königswinter zur Haltung der CDU/CSU in Bonn fand einstimmige Billigung. Der Landesvorsitzende, Minister Dr. Hilpert, berichtete über die Haltung der CDU in der Landespolitik, der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Köhler über die Politik des Wirtschaftsrates. Die sozialgebundene Marktwirtschaft, wie sie von der CDU/CSU in Frankfurt vertreten werde, verlange ein gesundes Unternehmertum, das ein Höchstmass an Sozialprodukt zur Verfügung stelle, eine Verbraucherschaft, die wirtschaftlich denke und kritisch an die ihr vorgelegten Waren herangehe, und schliesslich eine staatliche Wirtschaftspolitik, die durch marktwirtschaftliche Massnahmen, vor allem durch eine überlegte Kreditpolitik und durch die Einkehr und Verteilung von Rohstoffen die Steigerung des Sozialproduktes gewährleiste. Dr. Köhler wies anhand von Zahlen das Anwachsen der Produktion seit der Goldumstellung nach und stellte für die Verbrauchsgüterwirtschaft auch in den kommenden Monaten eine weitere Produktionssteigerung in Aussicht. Arbeitsminister Arndgen nahm zum Wohnungsbauproblem Stellung. Er legte dar, dass in Hessen zur Zeit 32 000 Bauarbeiter zur Verfügung stehen, von denen allein 7 000 zur Erhaltung der alten Wohnungen und nur 25 000 für den Neubau beschäftigt werden. Der Minister folgerte daraus, dass im Jahre höchstens 13 000 neue Wohnungen zu erstellen sind, deren Baukosten bei dem heutigen Index auf rd. 150 Mill. DM veranschlagt werden müssten. Wirtschaftsratsabgeordneter Horn gab einen Überblick über den Stand der Verhandlungen zur Reform des Beamtenrechts. Die offene Aussprache stand auf hohem Niveau. Die Teilnehmer sprachen den hessischen Abgeordneten im Parlamentarischen Rat ihr volles Vertrauen aus und unterstrichen die Notwendigkeit der Einheit der Partei auch in organisatorischer Hinsicht. Die nächste Landeskonferenz, die am 12. Februar in Billenburger stattfinden wird, soll sich hauptsächlich mit Fragen des Lastenausgleichs und der Finanzreform befassen.

Wohnraum für Ostvertriebene

=====

Um Wohnungen für die in Massenquartieren befindlichen Ostvertriebenen bereitzustellen, wurde auf Vorschlag des CDU-Bürgermeisters der Stadt Wermelskirchen im Rhein-Wupper-Kreis ein Wohnungshilfswerk errichtet. Nach Verhandlungen mit der Industrie, dem Handwerk, den freien Berufen und den Gewerkschaften erklärte sich eine grosse Anzahl Personen bereit, laufend monatliche Beiträge zur Verfügung zu stellen. Vom 1. Oktober bis 31.12.48 konnten ca 23 000 DM als zinslose Darlehen ausgeliehen werden. Durch diese Aktion, die in verstärktem Umfange fortgeführt werden soll, konnten dem Wohnungsamt bisher 32 Räume zur Verfügung gestellt werden.

Loyale Aussprache

=====

Ein Herr Schütz hatte auf dem SPD-Parteitag den geschmackvollen Einfall, zu sagen, diejenigen Positionen in Berliner Magistrat, die eine feste Hand brauchten, sollten Sozialdemokraten und Liberaldemokraten übertragen werden. Dagegen aber sollte man Vorsicht walten lassen bei der Vergebung wichtiger Posten an die CDU. Und dann meinte er noch, eine loyale Opposition der CDU könne nicht allein zum politischen Selbstmord, sondern auch zum politischen Mord an der gesamten Freiheitsbewegung in Berlin werden.

Dazu ist zu sagen: Wer eigentlich hat die beispiellos mutigen Briefe an den Oberst Tulpanow und General Kotikow geschrieben? Ein SPD-Mann oder Bürgermeister Friedensburg, als der Magistrat noch im Sowjetsektor residierte und Friedensburg die gesamte Verantwortung trug? Wer eigentlich hat in einem beispiellos harten Ringen mit den Sowjets in Karlshorst die Beträge für die Bezahlung der Magistrats-Angestellten und der Rentner freigekämpft, der CDU-Kämmerer Dr. Haas oder ein SPD-Mann? Der Oberbürgermeister hat in seiner Rede sehr viel von loyaler Aussprache und loyaler Zusammenarbeit aller drei Parteien in Westberlin gesprochen. Was sollen dabei solche Sprüche wie "sich seitwärts in die Büsche schlagen" oder "die gekränkte Leberwurst spielen"?

Eines möge hier festgestellt sein: Die beispiellose Notlage Berlins dazu auszunutzen, mit Zuckerbrot und Peitsche taktieren zu wollen, wäre eine Taktik, die weniger als nichts mehr mit Loyalität zu tun hat. Die CDU hat bisher in Berlin Politik in beispielloser Sachlichkeit ohne jede Demagogie gemacht.

Manche haben das, was man sah, missverstanden. Aber wenn die neue Zusammenarbeit mit solchen Tönen und mit dem Versuch eines Unterdrückens beginnen sollte, wird sie nicht weit reichen. Ernst und Ehrlichkeit der verkündeten Loyalität müssen endlich eindeutig erwiesen werden!

Aus den Parteien

Es uniont weiter

=====

Der Name Union beweist weiter seine Anziehungskraft auf naive Gemüter, die glauben, in der Politik tue es der Name allein, notfalls ohne Programm und Grundsätze. In den letzten Tagen kommt die Nachricht über die Absicht, gleich zwei neue Unionen zu gründen. In Norddeutschland spricht man von einer "Konservativen Union", und in Berlin kündigte der Manager der neugebildeten unabhängigen sozialdemokratischen Partei als Ziel die Bildung einer "Sozialistischen Union" an. Nehmen wir hinzu die für den nächsten Sonntag geplante Gründung der "Deutschen Union" in Braunschweig und die Betriebsamkeit der sogenannten "Union der Mitte" in Südwestdeutschland, so kann man geradezu von einer Inflation der Unionen sprechen.

 Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt/Main, Bettinestr. 64
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065
 Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt/Main I/49/600
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
